

Polen vor einem spannenden Finale: Stichwahl zum Präsidenten

von

Stephan Raabe
Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen
Warschau, 21. Oktober 2005

Mit der Stichwahl zum Präsidenten am Sonntag wird in Polen der seit dem Frühjahr andauernde politische Wahlkampf beendet. Nach den Parlamentswahlen vom 25. September, aus denen die national-konservative Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) mit rund 27 % als stärkste Kraft hervorging, und der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen am 9. Oktober, in der Donald Tusk (48) von der liberal-konservativen „Bürgerplattform“ (PO) mit 36,3 % vor dem PiS-Kandidaten Lech Kaczyński (56) mit 33,1 % lag, sieht es in der Stichwahl nach einem **knappen Sieg von Donald Tusk** aus. Er führt laut der letzten Umfragen beständig mit 4 – 12 % vor seinem Konkurrenten. Allerdings erklärt knapp die Hälfte der Befragten, nicht wählen gehen zu wollen, und ca. ein Fünftel der Wahlwilligen ist nach wie vor unentschlossen. Zudem haben die bisherigen Wahlgänge gezeigt, dass die Umfragen keine allzu genauen Rückschlüsse auf das Ergebnis zulassen. So wird in einem spannenden Finale mit einem knappen Ergebnis gerechnet.

Allem Anschein nach sind die Wähler und auch die Politiker des Wahlkampfes müde. Die wiederholten Staccato-Befragungen der beiden Kandidaten im Fernsehen führen zur Übersättigung. Alles ist gesagt, die Argumente ausgetauscht, die Kampagnen am Ende. Andrzej Lepper, mit 15,1 % im ersten Wahlgang auf dem dritten Platz, hat seine Unterstützung für Kaczyński erklärt. Der Kandidat der Linken, Marek Borowski, mit 10,3 % auf Platz vier in der ersten Runde, hat ebenso wie der noch amtierende Präsident Kwaśniewski eine zurückhaltende Unterstützung für Tusk zu erkennen gegeben. Nun wird man sehen.

Der letzte Streich des Wahlkampfes, die so genannte „**Großvateraffäre**“, die mit Hilfe eines vermeintlichen „deutschen Kainsmals“ in der Familiengeschichte dem Kaschuben Tusk schaden wollte, schlug fehl. Aus dem Wahlkampfstab Kaczyńskis war öffentlich lanciert worden, dass Großvater Jozef Tusk 1944 angeblich „freiwillig“ Soldat der Wehrmacht geworden sei.

Zudem sei im Hause Tusk Deutsch gesprochen worden. Tatsächlich war der 1907 in Danzig geborene Großvater des Präsidentschaftskandidaten im August 1944 zwangsrekrutiert worden. Aber bereits drei Monate später, im November, taucht sein Name in den Akten der „Polnischen Streitkräfte im Westen“ auf, die auf Seiten der Alliierten gegen Hitler-Deutschland kämpften. Zu Kriegsbeginn war der Eisenbahner von der Gestapo verhaftet worden und hatte eine längere Haftzeit in deutschen Konzentrationslagern überlebt. Der Versuch, eine solche Lebensgeschichte nun gegen den Enkelsohn und Präsidentschaftskandidaten Donald Tusk zu wenden, ist mehr als perfide. Der Lebenslauf des Großvaters ist für das Schicksal vieler Polen in den von Deutschland gewaltsam annektierten Gebieten nicht untypisch, die entweder, wenn sie der Intelligenz angehörten, gleich exekutiert oder vertrieben oder aber als Danziger, Kaschuben, Westpreußen, Masuren zwangsgermanisiert wurden. Hier sollten alte nationalistische Vorurteile gegenüber denjenigen Polen und Minderheiten bedient werden, die im Kriege auf die so genannte „Deutsche Volksliste“ gelangten, was meist nicht weniger als eine schiere Überlebensfrage war. Wer mit der Geschichte des Großvaters allen ernstes die nationale Zuverlässigkeit des Enkelsohnes in Frage stellen will, diskreditiert sich eigentlich selbst, sollte man meinen, denn: 1. ist der Sohn nicht für den Großvater haftbar; 2. sind die „aufgedeckten“ Tatsachen an und für sich überhaupt nicht ehrenrührig; 3. zeugt eine solche Kampagne von historischem Unverständnis und politisch-nationalistischer Borniertheit.

Zu denken gibt allerdings auch die Reaktion von Tusk selbst. Anstatt zu dieser seiner Familiengeschichte zu stehen und die Kampagne in ihrer Absurdität zu entlarven, fühlte sich der studierte Historiker einer „Prüfung“ ausgesetzt. Angeblich habe sein Großvater nie von seiner kurzfristigen Zugehörigkeit zur Wehrmacht erzählt. Tusks Haltung deutet darauf hin, wie tief die Furcht vor der Wirkmacht der Traumata der Geschichte und der damit verbundenen nationalen Ressentiments in Teilen Polens verwurzelt ist. Daraus entsteht eine Atmosphäre, in der deutsche Spuren in der Familie zu einem Kainsmahl zu drohen werden. Beim Gros der Wähler scheint diese skurrile Denkart jedoch nicht mehr zu verfangen. Die aktuellen Meinungsumfragen belegen, dass die „Großvateraffäre“ Tusk jedenfalls nicht geschadet hat. Kaczyński selbst hat sich von der Kampagne sofort distanziert und seinen dafür verantwortlichen Wahlkampfchef entlassen. In einem Interview in der heutigen Tageszeitung Rzeczpospolita wirft er Tusk aber zu große Kompromissbereitschaft gegenüber Deutschland vor.

Unterdessen hat das am Mittwoch zum ersten Mal tagende neue Parlament, der Sejm, die Wahl eines Parlamentspräsidenten, des Sejm-Marschalls, auf nächste Woche vertagt. Die PO hatte einen Marschall wählen wollen und Bronislaw Komorowski (53), den bisherigen außenpolitischen Sprecher der Fraktion, als Kandidaten nominiert. PiS, die als stärkste Fraktion

zugesagt hatte, der PO als Koalitionspartner das Amt zu überlassen, war mit dem Kandidaten nicht einverstanden und wollte die Wahl erst nach der Präsidentenwahl. Mit den Stimmen von Selbstverteidigung und Volkspartei setzte PiS sich durch. Die Gespräche über eine Koalitionsbildung zwischen PiS und PO werden jedoch fortgesetzt. Ebenfalls am Mittwoch beauftragte Staatspräsident Kwasniewski den von der PiS nominierten Abgeordneten Kazimierz Marcinkiewicz (45) mit der Regierungsbildung. Dieser hat nun zwei Wochen bis zum 2. November Zeit, eine Regierung zustande zu bringen. Die Gespräche zwischen dem designierten Ministerpräsidenten und dem von der PO nominierten Vizepremier Jan Rokita (46) laufen gut. Ab Montag soll in Arbeitsgruppen über Budget, Steuern, Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Wohnungsbau, Innenpolitik und Gesundheit verhandelt werden. Ende nächster Woche will man den Koalitionsvertrag bereits fertig haben und am Samstag, den 29. Oktober die Regierung der Öffentlichkeit präsentieren.

Als Präsident des Senates, des Oberhauses mit Kontrollfunktion, wurde gestern einvernehmlich von PiS und PO der unabhängige Senator Bogdan Borusewicz (56) aus Danzig gewählt. Er gehört zu den Gründervätern der Gewerkschaft Solidarność und hat sich im Wahlkampf für den Präsidentschaftskandidaten Kaczyński ausgesprochen.